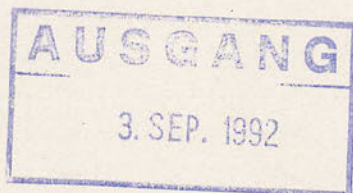


DER VORSTEHER
DES EIDGENÖSSISCHEN
JUSTIZ-UND POLIZEIDEPARTEMENTS

3003 Bern, 2. September 1992

S 515.92 Eu/bt
S 853.2



Herrn Nationalrat J.-F. Leuba,
Präsident EGPK
Konferenz der kantonalen Justiz-
und Polizeidirektoren (KKJPD)
Konferenz der kantonalen Polizei-
kommandanten der Schweiz (KKPKS)
Konferenz städtischer Polizei-
direktoren (KSP)
Herrn H. Koller, Direktor BJ
Herrn L. Krauskopf, Direktor BAP
Herrn A. Hunziker, Direktor BFA
Herrn P. Arbenz, Direktor BFF
Herrn Bundesanwalt W. Padrutt
Herrn H. Lauri, Oberzolldirektor
EGPK-Mitglieder

Expertenkommission "Grenzpolizeiliche Personenkontrollen"
(EGPK)

Herr Nationalrat
Frau Regierungsrätin
Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Um die bei einer Isolierung der Schweiz zu befürchtenden negativen Folgen im Bereich der inneren Sicherheit abzuwenden, gelangte die EGPK in Ihrem verdankenswerten Zwischenbericht vom 21. Juni 1991 mit Recht zum Schluss, für das weitere Vorgehen die Schwerpunkte auf aussenpolitische Initiativen zu legen. Ich habe hierauf mit meinen Amtskollegen aus Deutschland, Oesterreich, Italien, den Niederlanden, Schweden, Norwegen, Grossbritannien und kürzlich mit dem portugiesischen

Innenminister Meinungsaustausche geführt, um die schweizerische Situation zu erläutern. Dabei gewann ich den Eindruck, dass auch die EG-Mitgliedstaaten kein Interesse an einer "Sicherheitsinsel" in Europa haben.

Die Berliner-Ministerkonferenz vom 30./31. Oktober 1991 beauftragte eine Expertengruppe mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zur Durchführung der Empfehlungen für die Bewältigung unkontrollierter Wanderbewegungen und der Schleuserkriminalität. Um das Problem der Mehrfach-Asylgesuche einzudämmen, suchen die EFTA- und EG-Mitgliedstaaten gemeinsam nach Lösungen. Am 23. Juni 1992 überbrachte mir der damalige Vorsitzende der Europäischen Einwanderungsminister, der portugiesische Innenminister Manuel Diaz Loureiro, den Vorentwurf für ein Parallelabkommen zur Dubliner-Konvention. Die Verhandlungen sollen noch in diesem Halbjahr unter britischer Präsidentschaft an die Hand genommen werden.

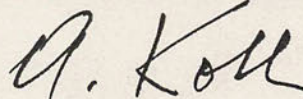
Am 2. Mai 1992 wurde in Porto der EWR-Vertrag zwischen der EG und den EG-Mitgliedstaaten einerseits und den EFTA-Staaten andererseits unterzeichnet. Dieses Vertragswerk, das die Schweiz vor einer Marginalisierung bewahren soll, klammert zwar die innere Sicherheit aus. Trotzdem bin ich überzeugt, dass aus diesem Prozess und dem Follow-up der Berliner-Ministerkonferenz positive Impulse ausgehen, die sich auch auf die für die innere Sicherheit zwingend notwendige internationale Zusammenarbeit förderlich auswirken werden.

Eine grundlegend neue Ausgangslage stellt sich seit der Einreichung unseres EG-Aufnahmegesuchs am 26. Mai 1992. Damit sieht sich vorallem das Grenzwachtkorps nun nicht mehr bloss einem erhöhten Innovationsdruck ausgesetzt. Wir müssen uns vielmehr für den ganzen Bereich der inneren Sicherheit auf tiefgreifende konzeptionelle, strukturelle und personelle Auswirkungen gefasst machen.

Es liegt mir ausserordentlich viel daran, dass wir diese vorallem für die Organe der inneren Sicherheit kritische Phase der Vorbereitung und Umgestaltung unter optimalen Voraussetzungen in Angriff nehmen können. Sicherheitslücken müssen unbedingt vermieden werden. Ich habe deshalb einen Ausschuss unter der Leitung von Herrn Peter Arbenz und bestehend aus dem Präsidenten der EGPK, Herrn Nationalrat Jean-François

Leuba, sowie Vertretern der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz, des Bundesamts für Polizeiwesen, des Bundesamts für Ausländerfragen, der Bundesanwaltschaft, des Bundesamts für Flüchtlinge, der Eidgenössischen Oberzolldirektion und des Integrationsbüros EDA/EVD beauftragt, die kurz-, mittel- und längerfristigen Massnahmen und Optionen aufzuzeigen, welche im Bereich der inneren Sicherheit angesichts der jüngsten Entwicklungen und im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen zu treffen sind. Ich erwarte binnen dreier Monate ein Aussprachepapier für den Bundesrat. Dieses soll ebenfalls Vorschläge enthalten über die Weiterführung der EGPK.

Mit freundlichen Grüssen



Arnold Koller

Kopie z.K.:

- Bundesrat
- Politische Direktion EDA
- Direktion für Völkerrecht EDA
- Integrationsbüro EDA/EVD
- Schweiz. Mission bei den EG in Brüssel

Geht als Auftrag an die Mitglieder des Ausschusses:

- Herrn Peter Arbenz
- Herrn Nationalrat Jean-François Leuba
- Herrn Alexandre Hunziker
- Herrn Markus Mohler, Präsident KKPKS-KIA
- Herrn Arnold Bolliger, BAP
- Herrn Robert Eugster, BFA
- Herrn Roland Burkhard, BA
- Herrn Gottfried Zürcher, BFA
- Herrn Christoph Häni, OZD
- Herrn Nicolas Lang, Integrationsbüro EDA/EVD